

## **ANTRAG**

**der Fraktion der FDP**

### **Mehr Transparenz bei Flucht und Migration – Klare Faktenlage schaffen**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Hinsichtlich der sich ständig ändernden Zahlen eingewanderter Menschen, des Status der eingewanderten Menschen, der bearbeiteten Verfahren, der sich in Ausbildung oder Beschäftigung befindlichen eingewanderten Menschen, der erfolgten Einbürgerungen oder der erfolgten Rückführungen herrscht ein Transparenzdefizit. Hingegen lädt die mangelnde Transparenz zu Spekulationen und Fehlinterpretationen ein. Eine der häufigsten politischen Ursachen für Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist der intransparente Umgang der Behörden und der Politik mit aktuellen und offensichtlichen Problemlagen.
2. Beim Thema Migration spürt man in der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns ein Gefühl der Verunsicherung, das unter anderem von einem Eindruck genährt wird, dass zu wenig der zur Verfügung stehenden Informationen öffentlich zugänglich sind.
3. Die Landesregierung ist gehalten, der Verunsicherung in der Bevölkerung hinsichtlich der Herausforderungen gesteigener Migration mit der größtmöglichen Transparenz entgegenzuwirken.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, so schnell wie möglich ein geeignetes, öffentlich zugängliches Informationssystem zu entwickeln, mit dem maximale Transparenz hinsichtlich Flucht und Asyl in Mecklenburg-Vorpommern erreicht werden kann.

Dieses Informationssystem sollte aktuelle Angaben zu Zahlen und Fakten rund um die Themen Migration und Flucht umfassen, insbesondere Zugänge in Erstaufnahmeeinrichtungen, Zuführungen zu Gemeinschaftsunterkünften, Stand und Dauer der Verfahren, Zahl der Rückführungsverpflichteten, erfolgten Rückführungen und der Anerkennung, möglichst regionalisiert, um auch die solidarische Verteilung der Herausforderungen zu dokumentieren.

**René Domke und Fraktion**

### **Begründung:**

Die Themen Flucht und Migration spielen aktuell eine herausgehobene Rolle in der öffentlichen und politischen Debatte. Vielerorts spürt man eine gewisse Verunsicherung, welche schnell in Resignation, in ein Gefühl des Unverstandenseins und Ablehnung umschlagen kann.

Die Landesregierung ist hier gefragt, aktiver auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zuzugehen, zuzuhören und mit maximaler Transparenz und Offenheit zu agieren. Ein wichtiger Baustein in diesem Prozess muss die öffentliche Darstellung der wesentlichen Kennzahlen zu den Themen Migration und Flucht sein. Die Landesregierung sollte in ihrem eigenen Interesse klar aufzeigen, was bei diesen Themen aktuell im Land passiert.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, wie viele Geflüchtete uns in welchem Zeitintervall erreicht haben, aus welchen Nationen uns Geflüchtete erreichen, auf welchem Weg Menschen zu uns gelangt sind, wo in Mecklenburg-Vorpommern die geflüchteten Menschen unterkommen, wie es mit ihnen weitergehen soll, wie viele ein Bleiberecht haben und wie viele nicht, wie viele in Ausbildung oder Beschäftigung sind, wie viele keinen Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung haben, wie viele zurückgeführt werden müssen und wie viele zurückgeführt wurden.

Insgesamt ist ein Informationsdefizit rund um die Themen Flucht und Migration bei der Bevölkerung festzustellen, das zu sinkendem Vertrauen und zunehmender Frustration führt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen jedoch zeitnah, komprimiert und regionalisiert über aktuelle Entwicklungen informiert werden. Zu diesem Ziel soll die vorgeschlagene Lösung einen Beitrag leisten.